

Brief aus Amerika

Von Norman Birnbaum

12. Oktober 2001. Richard Lugar, der kluge Senator aus Indiana, versteht eine Menge von Außenpolitik. Heute sieht man, warum seine Partei (die Republikaner) ihn im vergangenen Jahr trotzdem nicht zu ihrem Präsidentschaftskandidaten erkor. Um eine Stellungnahme zu Washingtons gestrigen Warnungen vor einem unmittelbar bevorstehenden Terroristen-Angriff gebeten, bemerkte er, er sehe nicht, was daran neu sei: Diese Warnung habe die Regierung während der letzten Wochen fünfmal ausgesprochen.

Es stimmt, daß die Gefahr ausländischer Angriffe auf die eigenen Städte unsere Öffentlichkeit gänzlich unvorbereitet trifft. Tugenden, die man den Yankees früher zuschrieb – Common Sense, Skepsis, wenn nicht Mißtrauen gegenüber Autoritäten, die Überzeugung, die Zukunft meistern zu können – scheinen allerdings in den Untergrund gedrängt zu sein. Unbestimmte, aber alles durchdringende Angst, ein verzweifelt, nein, obsessives Pochen auf nationale Solidarität und eine fast totale Bereitschaft, amtlichen Anweisungen Folge zu leisten, prägen die Geistesverfassung der Nation.

Die Medien, ignorant, flach und unkritisch, tragen beträchtliche Mitverantwortung für die offenkundigsten Mängel, unter denen die Funktionstüchtigkeit der amerikanischen Demokratie heute leidet. Als das Weiße Haus sie aufforderte, vor einer Ausstrahlung von Reden bin Ladens die Regierung zu konsultieren, willigten die großen Fernsehnetze unverzüglich ein. Für so etwas gab es einmal einen Namen: Zensur. Mag sein, daß der schwindelerregende Abstieg auf das Niveau einer jener „gelenkten Demokratien“ der Dritten Welt sich noch aufhalten läßt. Fürs erste hat die „New York Times“ ihn verlangsamt, die dem Druck des Weißen Hauses widerstand und damit rettete, was von der Ehre des amerikanischen Journalismus übrig ist. Howell Haines, der neue Herausgeber des Blatts, erklärte, die „Times“ sei zuallererst ihren Lesern verantwortlich. Haines erinnert sich gewiß daran, daß sein Verlag 1961 auf das Ansinnen Präsident Kennedys einging, einen Bericht über Vorbereitungen zur Invasion der kubanischen Schweinebucht nicht zu drucken. Andernfalls hätte das Land vielleicht schon damals jene Debatte über seine Kuba-Politik bekommen, die 40 Jahre danach immer noch aussteht. Haines und seine Kollegen verkörpern jedoch nicht die Mediennormalität. Die vertrat viel eher jener CNN-Reporter, der vor drei Wochen den ägyptischen Außenminister im Tonfall eines Staatsanwalts befragte: Warum, bitteschön, sein Land nicht „mit im Boot“ sei?! Mit unterschiedlichen Graden der Grobheit und Vulgarität, je nach den spezifischen Publikumssegmenten, haben die Medien de facto die Aufgaben eines Propagandaministeriums übernommen. Die kritische Haltung, die Journalisten im Laufe des Vietnam-Kriegs oder der Watergate-Affäre an den Tag legten, findet kein Echo im Gedächtnis einer Zunft, deren analytische Talente sich offenbar bei ihren Recherchen zur Funktionsweise der Clintonschen Libido erschöpft

haben. Über das kolossale Versagen unserer Sicherheitsapparate zum Beispiel, die sich unfähig zeigten, die Vorgänge des 11. September zu verhüten, schrieb kaum jemand.

Patriotismus und „unamerikanische Umtriebe“

Kein Zweifel, die Medien reagieren auf die Atmosphäre ebenso, wie sie dieselbe erzeugen. Dicht unter der Oberfläche des Alltagslebens schwelen Wut und Hysterie, mit denen fertig zu werden um so schwerer fällt, als die Feinde des Landes ebenso entfernt und unvertraut wie (für die meisten Bürger) unerklärlich bleiben. Wenn es überhaupt historische Vergleichsfälle gibt, so liegen sie weit zurück. Auf die Französische Revolution reagierte die junge amerikanische Republik mit dem *Alien Enemies Act* und dem *Sedition Act* (Fremden- und Antiaufnahrgesetzen von 1798), die sich gegen amerikanische Jakobiner richteten – und gegen die Bedrohung des Eigentums in Form von Sklaven. Noch bis 1861, als der Bürgerkrieg ausbrach, stießen die Befürworter der Sklavenbefreiung (selbst im Norden, wo Sklavenhaltung verboten war) auf anhaltende Feindseligkeit und Verfolgung. Die Klassenkämpfe und gewalttätigen Sozialproteste der Epoche vom Bürgerkrieg bis 1917 führten zu systematischer Repression, durch Vigilantentum auf der lokalen und gerichtliche Verfolgung auf nationaler Ebene. Der Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg rief weitverbreitete Feindseligkeit gegenüber deutschstämmigen US-Bürgern und solchen, die erst kürzlich aus Deutschland ausgewandert waren, hervor. Die pazifistischen und sozialistischen Kriegsgegner wurden verfolgt, eine Kampagne, deren Intensität nach dem Krieg noch zunahm, als der Angriff sich gegen Sympathisanten der bolschewistischen Revolution richtete. Natürlich war der Begriff des Sympathisanten weit genug gefaßt, alle und jede Form der Opposition gegen die uneingeschränkte Herrschaft des Kapitalismus mit einzuschließen. Die sozialen Bewegungen, die den New Deal bewirkt und getragen haben, darunter eine offensive Gewerkschaftsbewegung und die Anfänge der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, stießen vor Ort auf erhebliche Widerstände, auch gewalttätige. Sie konnten jedoch ein Stück weit auf die Macht einer ihnen wohlgesonnenen Bundesregierung zählen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt man am New Deal fest – aber sein linker Flügel wurde unter dem Deckmantel antikommunistischer Kampagnen zerstört. Der McCarthyismus bleibt in unrühmlicher Erinnerung (benannt nach jenem Senator McCarthy, einem alkoholkranken und korrupten Demagogen aus Wisconsin, der eine Zeit lang die politische Agenda Amerikas beherrschte, bis die regierende Elite befand, sein Wüten gegen „unamerikanische Umtriebe“ habe sich überlebt und nütze ihr nicht mehr). Die schwarze Bürgerrechtsbewegung, die Opposition gegen den Vietnamkrieg und die umfassenden, kulturellen und sozialen Protestbewegungen der 60er Jahre, einschließlich der feministischen, ließen sich durch Repression nicht aus der Welt schaffen. Mehr als ein Jahrzehnt lang durchlebte das Land eine Serie politischer und sozialer Konflik-

te, die die Rahmenbedingungen der Politik neu definierten und alle Aspekte des Alltagslebens durchdrangen – von den späten 50ern bis Mitte der 70er Jahre.

Der Rückblick zeigt, daß die gegenwärtige Situation mit jedem dieser historischen Vorläufer gewisse Aspekte gemein hat. Eines allerdings unterscheidet sie: Heute gibt es so gut wie keine Opposition. Es sieht so aus, als hätten wir keine *citoyens* mehr, sondern stattdessen eine Gemeinschaft von Gläubigen mit dem Präsidenten als Pontifex Maximus – eine Kirche, deren Theologie nicht mehr verlangt als die Sakralisierung der Nation und deren Eschatologie nichts als das Jetzt ins Auge faßt, mit keiner anderen Hierarchie als den sichtbaren Institutionen der Macht und des Reichtums dieser Gesellschaft. In einer solchen Verschmelzung der Vergangenheit mit der Gegenwart und einer unabhsehbaren Zukunft, von Politik und Religion, Staat und Nation kommen Dissens und Unruhe nicht allein ungelegen: man stellt sie als etwas im Grunde Unnatürliches dar.

Land ohne Opposition

Viele Kolumnisten, vor allem solche, die nie Soldat waren, übertrumpfen einander vor Kriegseifer. Der Angriff auf Afghanistan reicht ihnen nicht: Es soll etwas gegen den Irak, Syrien, den Iran unternommen werden. (Offensichtlich ist ein Teil dieser Militanz der wie immer gut finanzierten, organisierten und positionierten Israel-Lobby geschuldet – aber das erklärt nicht alles. Israels amerikanische Interessenvertreter und Anhänger können eine Ader imperialer Großmannssucht ausbeuten, die sich in den Vereinigten Staaten zumindest bis zum Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 zurückverfolgen läßt.) Da es keine Opposition gibt, muß sie erfunden werden. Einige Fragmente der Antiglobalisierungsbewegung fanden sich zusammen, um eine Reihe kleiner Antikriegsdemonstrationen zu organisieren. Sie wurden in einer Weise diffamiert, als wären sie imstande, die Millionen zu mobilisieren, die während des Vietnamkriegs auf die Straße gingen. „The Nation“, die traditionelle Wochenzeitung der amerikanischen Linken, zirkuliert in etwa 100 000 Exemplaren (die vielleicht drei- oder viermal so viele Leser finden), aber ihre Redakteure und Autoren wurden attackiert, als handele es sich um die ideologische Vorhut einer Massenbewegung an der Schwelle der Machtübernahme. Die Wut der „Wohlmeinenden“ (von denen viele besonders schlecht auf die Europäer zu sprechen sind, weil diese die Vereinigten Staaten in ihren Augen noch nicht enthusiastisch genug verteidigen) kann man nicht allein ihren Halluzinationen zuschreiben. Sie weist Züge eines Präventivschlags auf – gegen eine Protestbewegung, die der Opposition der 60er Jahre gleichen könnte. Aber vielleicht befinden sich beide im Irrtum, sowohl die lächerlich geringe Zahl der Bush-Kritiker als auch die Scharen seiner Apologeten, wenn sie sich auf überkommene Konfliktmodelle beziehen: Es könnte etwas ganz Neues in der gegenwärtigen Situation stecken. Die Authentizität der sich häufenden Berichte über Milzbrand-Vorfälle läßt sich schwer nachprüfen – aber die bestätigten Anschläge in Florida und New York richteten sich gegen Medien. Den öffentlichen Raum, in dem sich der Konflikt größtenteils

abspielt, bietet weder die Straße noch die politische Bühne – sondern die Schein-Agora der Medienwelt.

Was das politische Leben Amerikas angeht: es hat den Scheintod erlitten. Weder im Repräsentantenhaus noch im Senat hört man auch nur einen Hauch der Kritik am Verhalten des Präsidenten, keinerlei Fragen nach seinen Absichten, keinerlei Diskussion über Alternativen. Die Demokraten stellen angesichts der ihnen im Senat zugefallenen Mehrheit dort die Vorsitzenden des Militär- und des außenpolitischen Ausschusses, Carl Levin und Joseph Biden, zwei kluge und erfahrene Senatoren. Beide hielten bis zum 11. September mit ihrer Kritik am Unilateralismus der Administration, an ihrem Raketenabwehr-Vorhaben, ihrer Bevorzugung neuer Waffen vor neuen Ideen nicht hinter dem Berg. Seither aber haben beide das alles dem Orwellschen Gedächtnisloch überantwortet, seither rufen sie das Land auf, dem Präsidenten den Rücken zu stärken. So legitimieren die Demokraten selbst die Position der autoritären und chauvinistischen Seite: Kritik am Präsidenten ist subversiv, ja sogar Landesverrat.

Sicher, in der Innenpolitik gibt es Reste von Opposition. Ein Antiterrorgesetz mit tiefen Einschränkungen verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten hat das Repräsentantenhaus bereits passiert, könnte aber im Senat auf Widerstände stoßen. Natürlich ignoriert die Argumentation der Regierungsseite, daß die mit neuen Befugnissen auszustattenden Behörden sich unfähig zeigten, die bereits vorhandenen sinnvoll anzuwenden. Bushs Fixierung auf Steuersenkungen, insbesondere für große Firmen und wohlhabendere Haushalte, hat die Anschläge vom 11. September überlebt. Der Präsident und die Marktdogmatiker, mit denen er sich umgibt, beharren darauf, daß nur Steuersenkungen die Wirtschaft wieder in Schwung bringen können. Die Demokraten rufen nach mehr Gerechtigkeit für die mittleren und unteren Einkommenschichten und monieren, daß die hastig beschlossenen Subventionen für Fluggesellschaften und andere Firmen in Not keine Auflagen zugunsten der Beschäftigten enthalten, die ohne jede Entschädigung von einem Tag auf den anderen entlassen wurden. In solchen Fragen erzeugen der Druck der Gewerkschaften und die Verbitterung der einfachen Wähler über tagtägliche Zumutungen genügend Anreize für die Demokraten, sich mit dem Präsidenten auseinanderzusetzen. Andererseits hat die Partei sich jedoch die absurde Vorstellung zueigen gemacht, staatliche Defizite seien immer und überall illegitim und schädlich. Da die Partei Franklin Roosevelts zu den Ideen Herbert Hoovers zurückgekehrt ist, überrascht es kaum, wenn sie unfähig erscheint, ein alternatives Gemeinwohl-Modell zu entwickeln: dem eigenen hat sie abgeschworen. Wie eine groteske Fußnote zu der Debatte darüber, ob die Sicherung der Flughäfen künftig der Bundesregierung anvertraut werden soll, erscheint derweil, daß der Präsident und seine Partei dafür plädieren, sie in privatwirtschaftlicher Hand zu belassen. Andererseits sah ihr Justizminister sich gerade veranlaßt, gegen eine Privatfirma einzuschreiten, die mehrere große Flughäfen des Landes sichert – sie hatte Drogenabhängige und Kriminelle eingestellt, was nach den Marktgesetzen durchaus Sinn macht: die verlangen keine hohen Löhne.

New York selbst wird mindestens hundert Milliarden Dollar ausgeben müssen, um die Folgen des Angriffs zu überwinden: die Regierung hat um die zwan-

zig Milliarden versprochen. Teile der Wirtschaft sehen sich zunehmend in Mitleidenschaft gezogen. Die Krise im Luftreiseverkehr hat Boeing veranlaßt, Tausende zu entlassen, auch im Finanzsektor finden Personalreduzierungen statt. Der private Verbrauch schrumpfte im September, was, wenn der Trend anhält, eine tiefere Rezession auslösen könnte. Die Zinssenkungen der Bundesbank erklären sich als verzweifelte Versuche, den Wohnungsmarkt zu retten, was wiederum den Wohlstand erhalten soll, über den viele Haushalte auf dem Papier verfügen, während die Praxis in hohen Hypotheken auf ihrem Wohneigentum besteht. Die antizyklischen Auswirkungen erhöhter Militärausgaben werden nicht ausreichen, um die im zivilen Bereich jetzt auflaufenden Verluste zu kompensieren. Bundesstaaten und Gemeinden sehen sich mit höheren Ausgaben konfrontiert, etwa für Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, aber die Einkünfte sinken. Während die von Bush vorgeschlagenen Steuersenkungen denen zugute kämen, die keine unmittelbare Not spüren, würden die mittleren und unteren Einkommensschichten bei ihrem Kampf alleingelassen, mit schrumpfenden Ressourcen zurechtzukommen. Doch nur wenige Demokraten haben Bundesausgaben in der Größenordnung jener hundertfünfzig oder zweihundert Milliarden Dollar vorgeschlagen, die eine Rezession abwenden könnten. (So besteht beispielsweise keine Aussicht auf einen Ausbau unseres Eisenbahnsystems, welcher amerikanischen Fahrgästen jenen Hochgeschwindigkeitsservice verschaffen könnte, den man in Westeuropa und Japan für selbstverständlich hält.) Einen beträchtlichen Teil des amerikanischen Kapitals schreckt die Aussicht auf eine Rezession nicht allzu sehr: Sie würde die Disziplinierung der Arbeitnehmerseite beträchtlich erleichtern und die von den Gewerkschaften vor dem 11. September geplanten Kampagnen zur Erhöhung des Organisationsgrades stoppen. Zudem verspricht ein sinkender Dollarkurs besseren Zugang zu den Exportmärkten. Nachdem es die Dollarstärke dazu genutzt hat, rund um die Welt Produktionsstätten aufzukaufen, kann das amerikanische Kapital einen Dollarsturz großenteils mit Gleichmut entgegensehen.

Die beherrschende Rolle der Vereinigten Staaten auf den Weltkapitalmärkten – vermittelt der Banken, Investmenthäuser und der Anleitung des Weltwährungsfonds durch das US-Finanzministerium – hat geopolitische Folgen. Der Kapitalmarkt kann als Instrument zur Ausübung politischen Drucks wirken (beispielsweise auf EU-Staaten, die den Gedanken der Unabhängigkeit zu wörtlich nehmen, oder auf Länder wie Ägypten, Indien, Pakistan). Die unentwirrbare Verflechtung amerikanischen, europäischen und japanischen Kapitals bietet einen weiteren politischen Vorteil: Scharen ausländischer Finanzspezialisten kümmern sich im Einklang mit unseren Banken und Unternehmungen darum, daß amerikanische Interessen bestens bedient werden.

Kriege und Zeiten nationaler Mobilisierung für internationale Konfrontationen hatten in der Vergangenheit sehr positive Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft. In der zweiten Hälfte des 20. Jhs. erwies sich während solcher Perioden auch eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards breiter Arbeitnehmerschichten als nicht nur wünschenswert sondern auch erreichbar. Aber die beträchtlichen wirtschaftlichen Fortschritte des Zeitraums 1945-1975 gehen auch darauf zurück, daß über ein Drittel der Beschäftigten sich gewerkschaftlich

organisiert hatte, während der Organisationsgrad heute weniger als die Hälfte davon beträgt. Die Katastrophe in New York bewirkte, für den Augenblick, eine Art Wertewandel: Die Helden kamen plötzlich aus dem Öffentlichen Dienst, waren Feuerwehrleute, Sanitäter, Bauarbeiter – und die Losung hieß Solidarität, mindestens während ersten 30 Tage. Aber die kulturellen Voraussetzungen und sozialen Ressourcen für einen langfristigen Wandel fehlen (authentische Volksbewegungen, die sich derartige Werte zu eigen machen, und politische Koalitionen zu ihrer konkreten Umsetzung in eine neue Balance zwischen Markt und Staat). Ersatzweise bekommen wir, ohne sozialen Gehalt aber mit politischer Wirkung, eine Mobilisierung gegen wirkliche und eingebildete Bedrohungen, also einen neuen Schub durchdringender Entpolitisierung der Nation. Ihre Erscheinungsformen sind so vielfältig wie die Nation selbst. Einige Bürger haben (trotz Bushs lobenswerter Aufrufe zu Toleranz und Verständnis) muslimische Mitbürger attackiert. Davon gibt es fünf Millionen, die Mehrheit der US-Bürger arabischer Herkunft bekennt sich jedoch zum Christentum, und der einzige, der bisher gelyncht wurde, war ein Hindu. Viel mehr Amerikaner haben sich in ihre Wohnungen zurückgezogen und sich mit Taschenlampen, Lebensmitteln, Wasservorräten eingedeckt. Viele gehen in die Kirche, wohin sie offenbar weniger der Appell des Klerus zieht, in Afghanistan mit Bedacht und verhältnismäßig vorzugehen, als die Suche nach kathartischer Selbstbestätigung: Amerika wird heimgesucht, weil es so gut ist.

Hat Bush überhaupt ein Konzept?

Unter den gegebenen Umständen kann selbst ein George W. Bush als Führungsgestalt auftreten. Daß der Präsident und die Mitglieder seines Kabinetts immer wieder betonen, es werde Jahre dauern, die Terroristen auszuschalten; daß sie zugleich beteuern, keinen großangelegten Bodenkrieg in Afghanistan führen zu wollen; wie sie die Bürger abwechselnd ermuntern, zur Normalität zurückzukehren, und dann wieder mit unbestimmten Warnungen schrecken – in jeder anderen Demokratie des Westens würde dies alles die Opposition und die Medien veranlassen zu fragen: Hat unsere Regierung irgendeine Perspektive, die über die nächsten fünf Tage hinausreicht? Im Augenblick weiß der Präsident sich außer Gefahr, weil jede Kritik delegitimiert wurde. Noch die zynischsten seiner Gesten werden als Ausdruck neuerwerbener Charakterstärke gedeutet (etwa die Aufforderung, jedes amerikanische Kind möge einen Dollar in die Schule mitbringen, um hungernden Afghanen zu helfen, wo doch in Amerika selbst jedes vierte Kind auf staatlich finanzierte Mahlzeiten angewiesen ist). Streit mit dem Kongreß über den Zugang der zuständigen Ausschüsse zu Geheimdienstinformationen, Attacken auf die Pressefreiheit (während ich dies schreibe, wird gemeldet, Bushs Sicherheitsberaterin Rice habe die „Washington Post“ gebeten, einen Artikel von Bob Woodward, dem Watergate-Journalisten, nicht zu drucken), die Inhaltsleere der Pentagon-Presskonferenzen, der Druck auf die Regierung Katars, den arabischen Fernsehsender al Djasira zu zensieren – all das spricht für einen Drang nach Informationssteuerung, der an Richard

Nixon und Henry Kissinger zu Zeiten des Vietnamkriegs erinnert. Die beiden hatten immerhin etwas zu verbergen. Aber Präsident Bush: Besitzt er überhaupt so etwas wie eine Strategie?

Die Antwort lautet: Er bzw. seine Berater haben gleich mehrere, und Bush konnte sich bis jetzt noch nicht definitiv zwischen ihnen entscheiden. Seine Regierung zeigt sich gespalten. Man denke an das Schreiben des amerikanischen UN-Botschafters John Negroponte, an den Weltsicherheitsrat. (Negropontes Ernennung, der die Demokraten nur unter dem Eindruck des 11. September, als Geste nationaler „Einigkeit“, zustimmten, ist schon als solche ein Skandal: Er trägt Mitverantwortung für rechten Terror in Lateinamerika.) In dem Brief hieß es, die Vereinigten Staaten behielten sich das Recht vor, außer Afghanistan auch andere Staaten anzugreifen, die Terroristen eine Zuflucht bieten. Dieser Satz wurde vom Weißen Haus eingefügt, ohne daß Negropontes nomineller Chef, Außenminister Powell, davon wußte. Powell hat in dieser Regierung die Rolle übernommen, als Stimme abwägender Vernunft, als Verfechter internationaler Koalitionen, als Herold der Komplexität aufzutreten. Unter taktischen Gesichtspunkten profitiert die Regierung erheblich von dem mehrdeutigen Bild, das sie bietet. Vor der Schlacht von Waterloo soll Wellington bei der Inspektion seiner Truppen einem Adjutanten gesagt haben: „Ich weiß nicht, ob sie den Feind erschrecken – mich jedenfalls erschrecken sie.“ Widerborstigen Alliierten kann Powell Zugeständnisse abringen, indem er durchblicken läßt, er allein stehe zwischen ihnen und einer Regierung, deren Politik das Policy Advisory Board des Pentagon konzipiert. Dieses Gremium arbeitet eng mit Paul Wolfowitz zusammen, dem stellvertretenden Verteidigungsminister, der öffentlich forderte, mit Staaten wie dem Irak „Schluß“ zu machen. Zu seinen Mitgliedern gehören Richard Perle und der frühere (von Präsident Clinton wegen seiner Mittelmäßigkeit entlassene) CIA-Chef James Woolsey. Letzterer reiste kürzlich nach London, um „Beweise“ für eine Verwicklung des Irak in den Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten aufzutreiben – erstaunlich genug, daß das Gremium sich seine Beweise nicht bei der CIA besorgte. Der gleiche Woolsey hat gerade erklärt, die USA könnten sich von der Verfolgung bestimmter Pläne nicht dadurch abhalten lassen, daß Verbündete diese ablehnten. Solche Auffassungen finden bei nicht wenigen Abgeordneten und Senatoren Rückhalt, die Bündnisse generell als unnötige Verwicklung betrachten.

Im Vergleich mit Zivilisten dieses Schlages zeichnen die führenden US-Militärs sich durch klinische Nüchternheit aus, als Männer, die ihre eigenen Möglichkeiten mit Vorsicht einschätzen und geopolitische Risiken erkennen. Schließlich haben sie als junge Offiziere selbst Fronterfahrungen gesammelt, und aus ihren kriegsgeschichtlichen Studien an der Militärakademie dürfte ihnen im Gedächtnis haften, daß nicht jeder Feldzug – nicht einmal Napoleons – triumphal endet. Sie wissen auch, daß zu ihren Vorgängern nicht nur Grant und Eisenhower, sondern auch Taylor und Westmoreland zählen, die Geschlagenen des Vietnamkriegs. Aber natürlich zeigen sie sich nicht abgeneigt, in der Krise vorzuführen, für wie tüchtig sie sich halten, oder um weitere Milliarden für neue Waffensysteme nachzusuchen.

Während ich dies schreibe, hält Powell sich in Neu-Delhi auf, um einer indisch-pakistanischen Konfrontation wegen Kaschmir vorzubeugen, welche der Afghanistan-Operation in der Tat ein Ende machen würde. Powells Aufgabe besteht darin, den Anschein eines Fortbestands der ad hoc-Koalition gegen die Terroristen zu wahren. Manchmal läßt sich nicht übersehen, daß die Regierung systematisch die Öffentlichkeit täuscht – und nicht selten auch unsere Alliierten. Aber betrügt sie möglicherweise sogar sich selbst? Will sagen: Hat man die Gefahr, daß in Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien die Regime stürzen, wirklich ernsthaft genug erwogen? Und selbst wenn diese Regime nicht zusammenbrechen – hat man sich genügend Gedanken über die fortwirkenden Gefahren gemacht, die Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten (und in der Konsequenz gegen Europa) in der islamischen Welt heraufbeschwört?

Bruch mit der israelischen Regierung?

Die Krise hat die Bush-Administration genötigt, sich zögernd auf eine Konfrontation mit Israel zuzubewegen. Die Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten bleibt stark, aber die Regierung kann sich einige ihrer Schwächen zunutze machen. Ihr Verhältnis zu den Republikanern läßt sich mit dem zur Demokratischen Partei nicht vergleichen. Letztere wird in beträchtlichem Umfang von jüdischen Sponsoren gefördert, die mit Israel sympathisieren. Die eher zum Unilateralismus neigenden Republikaner haben eng mit Likud und der israelischen Rechten zusammengearbeitet. Es gibt eine Art Allianz zwischen den (in der Außenpolitik entschieden unilateralistischen) protestantischen Fundamentalisten, die einen großen Teil der republikanischen Wählerschaft stellen, und den orthodoxen Verfechtern eines Großisrael in den USA wie in Israel selbst. Die außenpolitischen und militärischen Apparate aber zeigen sich gespalten. Mit Israel hat man einen wertvollen militärischen Partner, und die Nachrichtendienste des kleinen Landes bieten Hilfsdienste vielfältiger Art. Das Bündnisdreieck USA-Türkei-Israel vermag jedoch offensichtlich nicht die gesamte Region zu kontrollieren. Darüberhinaus treten die hohen Kosten der Allianz mit Israel zutage. In Wahrheit schenkt niemand in der Regierung der Nonsense-These der Israel-Lobby Glauben, es gebe keinerlei Zusammenhang zwischen islamischer Feindseligkeit gegenüber Amerika und der unerschütterlichen Hinnahme (und eben auch Mitwirkung an) Unterdrückung und Demütigung der Palästinenser seitens der USA. Einige der Protagonisten einer Ausweitung der Afghanistan-Operation auf den Irak, Syrien und den Iran arbeiten offenkundig für die Israel-Lobby: Perle und vielleicht Woolsey. Andere hingegen betrachten das Bündnis mit Israel als eine strategische Option, die jetzt möglicherweise überdacht werden muß.

Die jüdische Gemeinschaft Amerikas ist selbst uneins. Liberale und weltliche Juden, die der Mord an Rabin abstieß, sehen in Sharon kaum so etwas wie einen alttestamentarischen König oder gar Propheten. Amerikanische Juden haben das Land und seine Kultur wesentlich mitgeprägt, in den Künsten, im Wirtschafts- und Finanzsektor, in Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und Politik.

Andere werden religiöse Führer und behaupten, für die jüdische Gemeinschaft Amerikas sprechen zu können, obwohl sie höchstens ein Drittel derselben repräsentieren. Zwei große Widersprüche kennzeichnen die jüdische Existenz in Amerika, und eine US-Regierung, die sich entschließt, ihr Verhältnis zu Israel neu zu regeln, wird sie mit Sicherheit in ihrem Sinn nutzen. Der eine Widerspruch besteht darin, daß amerikanische Juden dank der universalistischen Kriterien unserer Staatsbürgerschaft in den Vereinigten Staaten Gleichheit und uneingeschränkte Bürgerrechte beanspruchen können, gleichzeitig aber einen ethnisch orientierten Staat unterstützen. Der andere Widerspruch liegt in der fundamentalen Interessendivergenz zwischen den Vereinigten Staaten und Israel: Erstere haben keinen vernünftigen Grund, ihr Verhältnis zur gesamten islamischen Welt der israelischen Intransigenz zu opfern. Ein Präsident, der – öffentlich oder anders – die jüdische Gemeinschaft Amerikas aufrufen wollte, auf Israel Druck auszuüben oder den Bruch mit einer israelischen Regierung zu unterstützen, braucht einen eisernen Willen. Aber ein hinreichend entschlossener Präsident würde die Probe vermutlich bestehen. Es gibt Anzeichen dafür, daß Bush und Powell sich auf diese Möglichkeit einstellen.

Man nimmt an, daß der frühere Präsident George Bush senior seinen Sohn instruiert hat, er möge auf Powell hören und nicht etwa gegen den gesamten Islam Krieg führen. Allerdings erscheint die Annahme absurd, Powell sei ein neuer Atlas, der Himmel und Erde zu schultern vermöchte. Die zentrifugalen Tendenzen, die Widersprüche innerhalb der Antiterrorkoalition liegen offen zutage. Amerikas öffentliche Meinung (in Gestalt der Medien und der Experten, von denen viele nicht eben durch kritische Distanz zum außenpolitischen Apparat, seinen Ideologen und Apologeten auffallen) zog es vor, die vermeintlich enthusiastische Solidarität der Westeuropäer auszukosten. Tony Blair erscheint manchen wie ein etwas kecker Abkömmling Winston Churchills. Irritationen wie die Weigerung der saudischen Regierung, Blair zu empfangen, übersah man einfach.

Die Regierung geht auf Nummer Sicher. Im Besitz einer Art Blankoscheck der NATO, zieht sie es dennoch vor, sich selbst nicht dem Entscheidungsprozeß des Bündnisses auszusetzen. Sie verfährt nach dem Motto *Divide et impera*, wobei ihr die anhaltende Unfähigkeit der Europäer, ihre eigene Politik – oder gar den zur Durchsetzung derselben nötigen diplomatischen und militärischen Apparat – zu entwickeln, sehr entgegenkommt. Wenn europäische Regierungschefs ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Vereinigten Staaten und die Akzeptanz ihrer Führungsrolle bekunden, wird das überall berichtet. Einschränkungen oder Bedenken hingegen nimmt man kaum zur Kenntnis – oder man wischt sie als bedauerliche Zugeständnisse an „antiamerikanische“ oder „pazifistische“ Publikumsstimmungen vom Tisch. Alle haben Schröders starke Worte zitiert, doch seine Erklärung im Bundestag, die Bundesrepublik werde sich nicht in „ein Abenteuer“ hineinziehen lassen, wurde schlicht überhört. Die europäischen Länder verfügen in Washington über intelligente und umsichtige Botschafter, die sich über die Beschränktheiten der Leute, die unsere Außenpolitik bestimmen, nichts vormachen. Hoffen wir, daß ihre Berichte in den Kanzleien zuhause gelesen werden. Die Westeuropäer täten gut daran zu erwägen, daß

mehr Freimut ein wirkungsvollerer Ausdruck der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten wäre als ihre gegenwärtige Einstellung, eine seltsame Mischung aus öffentlichem Enthusiasmus und halblauten Vorbehalten.

Afghanistan und der Preis

In der Zwischenzeit laufen die militärischen Operationen in Afghanistan weiter. Offenbar soll den Bombenangriffen – die eine verelendete Bevölkerung noch elender machen – eine aktive Suche nach der Führungsspitze der bin Laden-Organisation folgen. Nun hat diese Organisation sich nicht per Homepage im Worldwide Web vorgestellt. Was wir zu glauben wissen, ist das Ergebnis gezielter Indiskretionen westlicher, besonders amerikanischer, Geheimdienste. Sowohl muslimische Regime als auch die israelische Regierung trugen zu dem so entstandenen Bild bei, aber natürlich verfolgen alle ihre eigene Agenda. Es gab Gerichtsverfahren in New York gegen die Täter des ersten Angriffs auf das World Trade Center und der Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania. Die Staatsanwaltschaft glänzte mit viel Material über das Terrornetzwerk. Bleibt zu fragen, ob diese Erkenntnisse stimmen und ob die richtigen Schlüsse sowohl über die Struktur und Arbeitsweise als auch über Ziele und Ideologien des Netzwerks gezogen wurden. Denn wenn es ein Feld gibt, auf dem Quacksalber und Schwindler die Medien beherrschen, ist es sicherlich jenes der Terrorismus“experten“.

Vergessen wir einmal die therapeutisch notwendige Dosis Mißtrauen und nehmen wir an, das von amerikanischen und anderen westlichen Geheimdiensten präsentierte Bild sei korrekt. In diesem Fall erscheint es unmöglich, daß die Operationen der Spezialkräfte, die die Führung des Netzwerks in Afghanistan ergreifen oder zerschlagen sollen, gelingen könnten. (Das amerikanische Militär versuchte jahrelang die Hauptquartiere des Vietcong und der nordvietnamesischen Armee in Südvietnam zu finden und zu zerstören, ohne Erfolg.) Ohnehin haben viele der ausländischen Angehörigen des Netzwerks Afghanistan bereits verlassen, wie unsere eigenen Geheimdienste berichten. Die Zerschlagung der Taliban-Regierung würde dem Netzwerk Schutz und Ressourcen in Afghanistan entziehen und die US-Streitkräfte vor die Aufgabe stellen, einen Großteil des Landes zu besetzen, um die Suche fortzusetzen. Sie könnten aber auch frischgebackene Verbündete in Afghanistan mit dieser Aufgabe betrauen, die so zuverlässig oder unzuverlässig sein könnten wie die Militärkräfte, die seinerzeit die Polizeiarbeit für die USA in Lateinamerika oder – sagen wir – Vietnam versahen. Im günstigsten Falle können wir von einem auf unbestimmte Zeit angelegten Feldzug ausgehen, mit all den Frustrationen, die so etwas für die amerikanische Öffentlichkeit mit sich bringt.

Es stimmt, daß die Bush-Regierung, sichtlich widerstrebend, erklärt hat, sie sei offen für eine durch die Vereinten Nationen gesponserte Wiedererrichtung einer einheimischen Regierung Afghanistans. Es wäre überraschend, sogar verblüffend, wenn eine amerikanische Regierung ein international ausgehandeltes Abkommen dieser Art akzeptierte, von den eigentlichen Schwierigkeiten ganz

abgesehen, ein solches Abkommen unter den afghanischen Interessenten zu erzielen. Die Vereinigten Staaten würden sich in jedem Fall ein Vetorecht vorbehalten, egal was sie auf internationalen Konferenzen akzeptieren oder nicht. Unser Verhalten nach dem Genfer Vietnam-Abkommen von 1954 liefert ein abschreckendes Beispiel: Sowohl die Regierung Eisenhower als auch die Kennedy-Administration ignorierten das Abkommen und trugen so entscheidend zum Ausbruch des Bürgerkriegs bei.

Wahrscheinlich werden wir den Versuch erleben, in Afghanistan ein amerikanisches Protektorat zu errichten, wie auch immer der Deckmantel aussehen mag, den andere Staaten oder die Vereinten Nationen liefern werden. Wir erfahren jetzt, daß die militärische Zusammenarbeit mit Usbekistan bereits seit einiger Zeit läuft: Dasselbe könnte auch für andere Länder der Region gelten. Diese Kooperation schloß auch militärische US-Vorstöße auf afghanisches Territorium ein, noch vor Beginn der durch die Anschläge vom 11. September ausgelösten Krise. Die Clinton-Administration hatte sich gleichzeitig der aus heutiger Sicht lächerlich wirkenden Mühe unterzogen, die Regierung Usbekistans zu einer Aufbesserung ihrer miserablen Menschenrechtsbilanz zu bewegen. Schwer vorstellbar, daß Bush die Regierungen Zentralasiens in dieser Hinsicht weiterhin belästigen wird. Wie befristet die Zustimmung Chinas und Rußlands zu dem amerikanischen Angriff auf Afghanistan auch sein mag, sie wurde beiden Ländern dadurch abgekauft, daß Washington ihre Kämpfe gegen Tschetschenen und Uguren ausdrücklich legitimierte.

Ein von Amerika abhängiges Regime in Afghanistan hätte auf der Hand liegende geopolitische Vorteile: Es könnte als Basis für die Einkreisung des Iran dienen, würde Pakistan (und Indien) fügsamer machen und den Zugang zu den mineralischen Reichtümern Zentralasiens erheblich erleichtern. Schließlich würde es – wenn wir das gegenwärtige Verhältnis zu China und Rußland einmal beiseite lassen – eine günstige Ausgangsposition dafür bieten, beide Mächte in Mittelasien massiv unter Druck setzen zu können, wenn es andernorts Streitigkeiten mit ihnen gibt.

Chancen und Risiken „östlich von Suez“

Anders gesagt, eröffnete das Verlangen der amerikanischen Öffentlichkeit nach Vergeltung den Strategen eines neuen amerikanischen Imperiums Chancen, die sie unverzüglich ergriffen. Die in diesem Zusammenhang losgetretene öffentliche Debatte über einen sofortigen Angriff auf den Irak dient lediglich der Ablenkung. Die Israel-Lobby und die ungestümeren Unilateralisten unter den Republikanern mögen die Debatte ernst nehmen; die anderen geben sich gern damit zufrieden, die amerikanische Machtposition in dieser Region auszubauen und auf einen geeigneteren Moment zu warten. Aber können die Apparate der Macht darauf vertrauen, daß sie auf längere Sicht fähig sein werden, eine neue amerikanische Position in Afghanistan zu beziehen und aufrechtzuerhalten? China und Rußland werden nicht passiv bleiben und – erst recht in der Zukunft – ziemlich hohe Rechnungen für ihre bedingte Zustimmung präsentieren. (Man

könnte sich vorstellen, daß etwa die Chinesen freie Hand in Sachen Taiwan fordern.) Die Stabilität Pakistans erscheint höchst zweifelhaft. Es trifft aber durchaus zu, daß das Afghanistan-Wagnis eine Erneuerung der Verbindung zu Pakistan mit sich bringt, nachdem das Land vor einem Jahrzehnt als Verbündeter in Ungnade fiel. Aber diese Annäherung wird teuer und unberechenbar. Indien wird eine solche Stärkung Pakistans sicherlich nicht hinnehmen. Das indische Beispiel mahnt: Im Falle einer Demokratisierung Pakistans könnten islamistische und nationalistische Leidenschaften überborden. Eine amerikanische Politik, deren Parole „Stabilität“ lautet, könnte durchaus einem unerreichbaren Ziel nachjagen.

Die gegenwärtigen und möglichen Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten östlich von Suez sind vielfältig. Auf der Liste stehen einmal Ägypten selbst, dann die Türkei und Syrien mit seiner unsicheren Zukunft, aber auch die Durchhaltefähigkeit des irakischen Regimes, das Veränderungspotential Irans sowie die Schwäche des saudischen Herrschaftshauses. Ein nicht immer eingestandenes Hauptziel der Amerikaner in dieser unsicheren Welt ist die Sicherung des Zugangs zu Erdölvorkommen. Bei so unpräzisen Begriffen wie „Einfluß“ oder „Stabilität“ handelt es sich oft um Euphemismen. Die Bush-Administration hat die Angriffe auf die Vereinigten Staaten mit einem Rückgriff auf das bekannte amerikanische Repertoire beantwortet: Polizeiaktionen militärischen Zuschnitts gegen die Opposition, Einsetzung oder „Kauf“ politischer Marionetten und die (fraglos unbestimmteren und für gewöhnlich unzuverlässigen) Entwicklungshilfeversprechen. Die mit den Vereinigten Staaten verbündeten islamischen Regime werden jetzt (gemeinsam mit den Europäern) für ein weltumspannendes Polizeinetzwerk zur Ausrottung des Terrorismus rekrutiert. Was aber – natürlich – fehlt, ist jeder ernsthafte und systematische Versuch, sich mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, die den Aufstieg des islamischen Terrorismus erlaubten. Die mögliche Auflösung oder ernsthafte Herabstufung der Allianz mit Israel ist keinesfalls Bestandteil einer neuen Strategie, sondern eine lange aufgeschobene taktische Korrektur.

Ein neuer „Warfare-Welfare State“?

Sind die Vereinigten Staaten fähig, auch anders vorzugehen? Die Nation steht noch immer unter Schock, und politische Alternativen mögen in einigen Monaten oder in einem Jahr bessere Chancen haben – nachdem die Intervention in Afghanistan, wie zu erwarten steht, wenig gebracht hat. Fürs erste hat der Schock eine entpolitisierte Nation noch weiter entpolitisiert. Weder die Eliten noch die Öffentlichkeit sind letztendlich mit dem Islam vertraut. Sicher, in der Privatwirtschaft, in der Regierung und an den Universitäten gibt es kleine Kreise begabter Personen, die über direkte Erfahrungen und Kenntnisse der islamischen Welt verfügen, aber ihre Ideologien, Interessen und Motivationen decken sich nicht. Die „Arabisten“ des State Department, Nahost-Experten, die einer politischen Ausrichtung auf Israel skeptisch gegenüber standen, konnten über die Jahre keine allzu eindrucksvollen Veränderungen bewirken.

Tatsächlich könnten die reformorientierten, internationalistischen und liberalen Segmente der amerikanischen Öffentlichkeit in naher Zukunft, vielleicht in den nächsten zwei Jahren, wieder in den Vordergrund rücken. Was die Demokraten angeht, so zählte ihre Hörigkeit gegenüber der Israel-Lobby zu den Handicaps der Partei. Sollte die Bush-Regierung wagen, was keine von den Demokraten geführte Regierung für möglich gehalten hat, nämlich zugunsten einer zukunftsfähigen Regelung mit den Palästinensern maximalen Druck auf Israel auszuüben, könnte dies auch auf demokratischer Seite Energien für eine kritischere Befassung mit der politischen Entwicklung im Nahen Osten freisetzen. Zu den unverzichtbaren Partnern bei der Entwicklung neuer Ideen gehören die Kirchen. Die katholischen Bischöfe und die großen protestantischen Kirchen haben zu den Angriffen vom 11. September ebenso wie zur militärischen Reaktion sehr deutlich Stellung bezogen. Sie bestanden auf der Verhältnismäßigkeit einer militärischen Antwort und erinnerten an die langfristigen wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Feindseligkeit von seiten islamischer Völker. Den zunächst gelähmten Teilen der Antiglobalisierungsbewegung kamen sie mit der Forderung zuvor, ein weltweites Gegenstück zum Marshall-Plan zu schaffen, um auf diese Weise den Reichtum des Landes für die Lösung eines ansonsten unlösbaren Problems nutzbar zu machen. Bischöfe und Priester, Kirchenoberhäupter und Pastoren, Theologen und Journalisten religiöser Medien, kennen die Bedeutung des Faktors Geduld. Ihre Vorgänger im 19. Jh. kämpften für die Abschaffung der Sklaverei, als diese noch für unabdingbar galt, ihre Großeltern kämpften darum, den Kalten Krieg nicht in einer nuklearen Katastrophe enden zu lassen, und ihre Eltern waren oft frühe Kritiker des Vietnamkriegs. Momentan wird ihnen nicht zugehört – abgesehen von einer wichtigen Ausnahme: Die Kirchen haben darauf gepocht, den Islam nicht zu dämonisieren und die Muslime in den Vereinigten Staaten als gleichberechtigte Bürger zu behandeln, damit ein interreligiöser Dialog beginnen kann. Es gab Übergriffe auf Araber und Muslime, aber angesichts der Intensität des Schocks, der ernsten Lage sowie einer gewissen Tradition, auf eingebilddete Feinde Jagd zu machen, ist die generelle Situation bemerkenswert frei von Haß. Personen des öffentlichen Lebens wie der Präsident oder Bürgermeister Giuliani mögen sich dies auf die eigenen Fahnen schreiben, aber es waren die Kirchen, die ihren Aufrufen Rückhalt gaben.

Unsere Geschichte bewegt sich zwischen Phasen öffentlicher Ruhe und solchen, in denen tumultartige soziale Bewegungen die Richtung der Politik ändern. Der jetzige Einschnitt folgt einem Jahrzehnt zunehmender Trivialisierung und Verflachung des öffentlichen Lebens. Allerdings bedarf sogar diese Feststellung der Korrektur: Der Beinahe-Triumph der Rechten in Gestalt des politisierenden protestantischen Fundamentalismus, lokaler Revolten gegen die Umweltgesetzgebung oder der Angriffe auf die gesetzliche Gleichstellung von Minderheiten und Frauen speiste sich seinerseits aus einer Variante des öffentlichen Bürgerengagements. Eine reformistische Koalition mit schwachen Erinnerungen an den „New Deal“ und die „Great Society“ schlug nicht nur zurück, sondern schien sogar an Stärke zu gewinnen. Ein neues politisches Bewußtsein, das seinen Ausdruck in Studentenprotesten gegen die Ausbeutung der Arbeit in

der Dritten Welt fand und ebenso in millionenfacher Besorgnis der Bürger, die Umwelt und Menschenrechtsgruppen unterstützen, zeigte zunehmend deutlichere Konturen. Die globale Zivilgesellschaft, repräsentiert von Nichtregierungsorganisationen, die der totalen Herrschaft des Marktes kritisch gegenüber stehen, hat in unserem Land tiefe Wurzeln geschlagen. Wie immer gingen Gewissen und Interesse eine Verbindung ein. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unter Führung von John Sweeny, einem nachdenklichem Sozialkatholiken, war unabdingbar für die Ablehnung des multilateralen Handelsabkommens durch den Kongreß und den Erfolg der Seattle-Bewegung, die es den ideologischen Dienern des Kapitals unmöglich machte, ungeliebte Ideen als absurde Exzentrik zu diffamieren. (Der Nobelpreis für Ökonomie an Joseph Stiglitz und zwei weitere Wissenschaftler, die der wohlthätigen Allwissenheit des Marktes mit Skepsis begegnen, kann zugleich als Anerkennung des Erfolges der Seattle-Bewegung verstanden werden.)

Die Vorstellung, Amerika habe eine internationale Mission, ist nicht immer eine Form ideologischen Imperialismus. Ein multikulturelles Amerika, das zu den Traditionen der „Progressives“ und des „New Deal“ zurückkehrt, aber nicht auf Wilsons verdrießlichen Calvinismus, sondern auf Franklin Roosevelts ökumenische Idee der „Vier Freiheiten“ zurückblickt, hätte eine andere Außenpolitik als die der zynischen Apologeten und moralisch abgestumpften Bürokraten, die jetzt am Zuge sind.

Natürlich fehlt uns derzeit die entscheidende Voraussetzung für einen Wechsel: die öffentliche Debatte oder, anders ausgedrückt, die politische Auseinandersetzung. Es fällt schwer zu glauben, daß der „Progressive Caucus“ im Kongreß mit seinen 85 Mitgliedern und die etwa 20 Senatoren, die sich selbst in der multilateralen und reformistischen Tradition der Demokratischen Partei sehen, auf Dauer stumm bleiben. Die Gewerkschaften werden wohl unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit eine neue Version des Marshall-Plans fordern, um die amerikanische Wirtschaft anzukurbeln. Es könnte tatsächlich sein, daß wir uns am Ende in einer neuen Version des nach 1945 praktizierten „Warfare-Welfare State“ wiederfinden. Dieser Wohlfahrts- und Rüstungsstaat war allerdings Schauplatz zahlloser Schlachten für mehr Wohlfahrt und weniger Rüstung. George W. Bush wird höchstwahrscheinlich keine Rede im Stil von John F. Kennedys visionärer Ansprache vom Juni 1963 halten, in der dieser zur Beendigung des Kalten Krieges aufrief. Einige Jahre politischen Kampfes könnten aber die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ein künftiger Präsident der Vereinigten Staaten die Umwandlung der Antiterror-Kampagne in ein umfassenderes Vorhaben ankündigen kann, humaner und realistischer zugleich. Wie vieles in der Geschichte hängt es von Einsicht und Willenskraft ab, beide in diesen Monaten eher knappe Güter. Man müßte unsere Nation für unwiderruflich verloren und abgeschnitten von ihren Ursprüngen halten, um anzunehmen, daß sie den neuen Imperialisten (welche in Wirklichkeit die alten sind) für immer gehorchen wird.